

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherz,
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 10 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Spaltenbreite:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Nochmals: Der Goldregen der ober-schlesischen Montanindustrie

Die Geschäftsabläufe der ober-schlesischen Montan-Industrie-Gesellschaften, deren Berichtsperioden mit Ablauf des Kalenderjahres enden, haben bereits gezeigt, welche glänzenden Gewinne die in Oberschlesien beheimateten Montanwerke im dritten Kriegsjahr aus dem Kriege zu ziehen in der Lage waren. Die ausgezeichnete Geschäftslage des ober-schlesischen Montankapitals haben nachträglich auch die Bilanzen der Aktienunternehmungen bestätigt, deren Berichtsjahr mit 30. Juni des jeweiligen Jahres abschließt. Betrachten wir auch sie nacheinander.

Ueber alle Massen ausgezeichnet war das abgelaufene Geschäftsjahr für die Wismarhütte, A.G. Das Unternehmen ist in der Hauptsache mit Herstellung des verschiedenartigsten Gezeugs beschäftigt. Der erzielte Rohgewinn belief sich für das Geschäftsjahr 1916/17 auf 16 994 214 M (gegen 11 804 893 M im Vorjahre), gut das Doppelte des Geschäftsjahres 1914/15. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß die nicht unbedeutende Kriegsgewinnsteuerumlage vor der Feststellung des Bruttogewinnes abgezogen worden ist. Die Abschreibungen erfuhren sehr beträchtliche Steigerung, und zwar von 4 870 937 M im Jahre 1915/16 auf 10 552 658 M in abgelaufenen Geschäftsjahr. Die hohen Abschreibungen haben bewirkt, daß der verbleibende Reingewinn mit 5 411 556 M sich niedriger stellte als im Vorjahre (5 703 956 M). Trotzdem konnte daraus eine höhere Dividende ausgeschüttet werden, nämlich 30 v. S. gegen 25 im Jahre zuvor. Der Aufsichtsrat erhält an Löhne 477 155 M (374 645 M im Vorjahre). Die niedrigere Dividende im Vorjahre bei höherem Gewinn stammt daher, daß damals aus dem Reingewinn ein Betrag von 1 300 000 M zur Bildung eines Obligationstilgungs- und Verzinsungsfonds verwendet worden ist. Diesmal war eine solche Maßnahme nicht mehr nötig.

In den letzten fünf Geschäftsjahren stellen sich die hauptsächlichsten Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung folgendermaßen dar:

	1916/17	1915/16	1914/15	1913/14	1912/13
--	---------	---------	---------	---------	---------

Abschreibungen	10 552 658	4 870 937	4 497 279	2 279 250	2 509 189
Reingewinn	5 411 556	5 703 956	8 913 196	9 969 189	10 969 189
Dividende v. S.	30	25	15	9	9
Dividende in Mark	4800	4000	2400	1440	1440
Gratifikationen und soziale Zuwendungen	1090	1280	960	97	93
Obligationstilgungs- u. Verzinsungsfonds	—	1900	—	—	—

Die drei vollen Kriegsjahre brachten der Wismarhütte an Reingewinn zusammen 15 027 000 M, bei 16 Millionen Mark Aktienkapital. Die Aktionäre strichen an Dividende 70 v. S. des Aktienkapitals (zusammen 11 200 000 M) ein. Angesichts eines solchen glänzenden Ergebnisses ist es begreiflich, daß in der Generalversammlung der Gesellschaft aus dem Kreise der Aktionäre „dem Vorstände Dr.-Ing. Meier sowie den Beamten herzlicher Dank für die hervorragende Leitung der Werke ausgesprochen worden ist“. Aus dem Geschäftsbericht verdient hervorgehoben zu werden, daß im Berichtsjahre sämtliche Betriebsabteilungen des Unternehmens „bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren“. Der Umsatz betrug das Vielfache des Aktienkapitals. Die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter steigerte sich im Jahre 1916/17 auf 11 500 gegen 8612 im Vorjahre. Diese Tatsache beweist am schlagendsten, wie glänzend die Entwicklung der Gesellschaft während der Kriegszeit sich gestaltet hat. Je mehr Arbeiter das Unternehmen beschäftigt, desto höher stellt sich die Gesamtgewinnsumme, wozu ja die Arbeit dieser Arbeiter vor allem beiträgt. Der Rohgewinn auf einen Arbeiter war 1915/16 durchschnittlich 1339 M, 1916/17 bereits 1447 M. Merkt auch das Arbeiter der Wismarhütte!

An Wertpapieren besitzt die Gesellschaft 19 919 792 M, wozu unter anderem 19 Millionen Mark Kriegsanleihen enthalten sind. Der Kurs der Aktie ist heute gegen den letzten Friedenskurs von 130 v. S. mehr als dreimal so hoch! Das Unternehmen profitiert also aus dem Kriege in jeder Hinsicht.

Bezüglich des laufenden Geschäftsjahres berichtete der Generaldirektor Dr.-Ing. Meier, daß die Wismarhütte in ihren sämtlichen Abteilungen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit auf Monate hinaus besetzt ist. Der vorliegende Auftragsbestand sei außerordentlich groß. Die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres haben ein sehr befriedigendes Resultat ergeben. Ebenso betrage sich der Umsatz in steigender Richtung, so daß angenommen werden dürfe, daß auch für das laufende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erwarten ist. Ihre 20 v. S., wenn nicht mehr, werden die Herren Aktionäre sicherlich für dieses Jahr einzustreichen haben. Die Arbeiter der Wismarhütte müssen bei ihren Lohnforderungen diese glänzenden Aussichten für das Kapital stets entgegenhalten, wenn man sie dabei in bekannter Manier mit der abgeklungenen Redensart von gesteigerten Selbstkosten, die angeblich jegliche weitere Belastung durch Lohnzulagen ausschließen, abzuspeisen versuchen sollte. Außerdem verdient aus den Ausführungen des Herrn Dr.-Ing. Meier festgehalten zu werden, daß nach seiner Ansicht der Übergang der Werke von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft sich leicht und geräuschlos vollziehen werde. Auch für die Arbeiter wäre zu wünschen, daß diese Voraussetzung in möglichst naher Zukunft sich tatsächlich bewahrheiten möge.

Der Abschluß der Vereinigten Königs- und Laurahütte, A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, weist bei einem Aktienkapital von 36 Millionen Mark einen Rohgewinn von 19 510 157 M (gegen 13 753 432 M im Jahre 1915/16) auf. Für Abschreibungen wurden 7 142 866 M (6 028 935 M im Vorjahre) verwendet. Die Aktionäre bekommen 12 v. S. Dividende gegen 10 v. S. im Vorjahre. Betriebsgewinn, Abschreibungen, Reingewinn und Dividende betragen:

Betriebsgewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende	
in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	v. S.	
1908/09	8 187	4 500	1 057	5,44
1909/10	7 600	8 062	1 898	4,72
1910/11	8 886	4 376	2 011	5,59
1911/12	11 187	5 500	3 678	10,22
1912/13	13 648	6 550	4 854	18,48
1913/14	12 350	6 519	3 553	9,87
1914/15	10 972	6 262	2 682	7,45
1915/16	13 753	6 028	5 408	15,02
1916/17	19 510	7 142	10 056	27,91

Nach Ausführungen des Generaldirektors Hilger in der Generalversammlung der Laurahütte war das abgelaufene Jahr das bisher beste Geschäftsjahr der Gesellschaft. Der Rohgewinn war um reichlich 5 600 000 M höher als im Vorjahre. Die Eisen-erzeugung habe unter dem Stoksmangel etwas gelitten, der Eisen-ertrag sei aber trotzdem viel höher gewesen als im Jahre zuvor. In den Eisenwerken sei die Gesellschaft in allen Betrieben bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt gewesen und noch heute beschäftigt. In bezug auf die Preise könne man zufrieden sein. Was die augenblickliche Geschäftslage anbetrifft, so sei die Gesellschaft nicht imstande, soviel Kohle zu liefern, als angefordert würde. Die Gesellschaft sei mit einem Bestand an Aufträgen von 53 Millionen Mark in das neue Geschäftsjahr eingetreten. Das sichere den Werken auf lange Zeit hinaus Beschäftigung. Die beiden ersten Monate des neuen Geschäftsjahres, Juli und August, seien besser als die entsprechende Zeit des Vorjahres gewesen und so sei die Annahme berechtigt, daß für das laufende Jahr ebenfalls wieder ein betriebendes Ergebnis in Aussicht gestellt werden könne.

In den letzten zwei Kriegsjahren erreichte die Dividende einen ebenso hohen Stand, wie in den besten Jahren 1906/07 und 1907/08. Es verbleibt noch der Abschluß der Aktien-Gesellschaft der Hohensloberwerke. Der Bruttogewinn der Gesellschaft belief sich im Jahre 1916/17 auf 12 336 635 M (gegen 11 480 000 M im Vorjahre). Es wurde ein Betrag von 7 357 862 M (6 500 000 M im Vorjahre) zu Abschreibungen und 129 000 M für Lohnsteuerumlage in Rechnung gestellt. An Dividende sind wieder 6 v. S. ausgeschüttet worden.

Der Vergleich mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild:

	Betriebs-gewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende
	in 1000 M	in 1000 M	in 1000 M	v. S.
1911/12	13 886	4 825	9 061	11,82
1912/13	11 039	4 525	6 568	8,19
1913/14	9 980	6 198	3 189	3,98
1914/15	?	6 023	448	0,56
1915/16	11 480	6 500	4 844	6,05
1916/17	12 336	7 357	4 819	6,06

Die Gesellschaft arbeitet mit 80 Millionen Mark Aktienkapital. Der Vorstandsbericht besagt unter anderem, daß das im Jahre 1911/12 erzielte Höchstergebnis noch nicht wieder erreicht worden ist, wobei zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft, die außer ihren Zinkhütten noch umfangreiche Stahlgewerke, aber keine Eisenwerke betreibt, vom Kriege nicht denselben Nutzen gehabt hat, wie die Werke, deren Schwerpunkt in der Eisenindustrie liegt. Die Gesellschaft hat in abgelaufenen Jahre 4 Millionen Mark Kriegsanleihen übernommen. Ueber die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen und die Aussichten im laufenden Jahre macht die Verwaltung im Verlaufe der folgenden Mitteilungen:

Die Nachfrage nach Kohlen war im ganzen Geschäftsjahr andauernd sehr stark und konnte vom Herbst 1916 ab infolge des Wagenmangels nicht mehr befriedigt werden. Da der Wagenmangel bis zum Schluß des Geschäftsjahres anhielt, wurde auch die Förderung beeinträchtigt, die Selbstkosten stiegen erheblich, während die Verkaufspreise nur zögernd und bei weitem nicht in gleichem Ausmaß folgten. Auch in Zink wuchs die Nachfrage im Verlaufe des Geschäftsjahres, die Selbstkosten stiegen unter den bereits geschätzten Verhältnissen, während die Marktpreise keine Veränderung erlitten. Im neuen Geschäftsjahre haben sich die Verhältnisse durch die inzwischen eingetretenen, wenn auch mäßigen Preisrückgänge für Zink und Kohle sowie durch volle Wagenstellung gebessert.

Auch die Berichte der Aktienunternehmungen, von denen in dem Aufsatz in Nr. 10 der Zeitschrift geschrieben worden ist, haben gezeigt, daß die Aussichten für die ober-schlesische Montanindustrie im laufenden Geschäftsjahr besser sind als im abgelaufenen. Es ist damit zu rechnen, daß die Dividendenbemessung noch mehr in die Höhe gehoben werden. Das in der ober-schlesischen Montanindustrie sedende Kapital wird noch größere Gewinne einheimen. Die Arbeiter dieser Werke verdienen dagegen in immer größerer Zahl, je mehr der Krieg in die Länge sich zieht. Die Arbeiter sind an dieser Hochgelohnenlage nur durch erhöhte Leistungen beteiligt, denn ihre Löhne stehen weit hinter der Leistung der Lebensmittel etc. zurück.

In laufenden Geschäftsjahr ist der Geschäftsgang der Montan-industrie in Oberschlesien derart glänzend, daß zum Beispiel die Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.G., der auch die Guldshinsky-Werke in Gleiwitz angehören, jetzt in ihren sämtlichen Werken 33 000 Leute beschäftigt. Damit steht sie an der Spitze aller ober-schlesischen Hütten.

Die Kriegsgemeinschaft leidet in die Geldschränke der ober-schlesischen Montanwerke immer reichlicheren Goldstrom. Sie konnten deshalb auf die neue siebenste Kriegsanleihe in Millionen gebende Beträge zeichnen. So haben zum Beispiel die Oberschlesischen Stokwerke und Chemischen Fabriken, A.G., 2 Millionen Mark gezeichnet, die Schlesische A.G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb (Wipac A.G.) ebenfalls 2 Millionen Mark, die Donnerwäldhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.G. (Göndenburg, O.S.) 1 500 000 M, die Kyn-ruifer Steinabblagerwerkstatt 2 000 000 M, die oben-erwähnte Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.G. hat für sich, ihre Tochtergesellschaften (Derrum, Judmann, Frieder-

bahn) und Raffin 6 500 000 M gezeichnet, der Generaldirektor dieser Gesellschaft, Kommerzienrat Dr.-Ing. Niede in Gleiwitz, persönlich 250 000 M, die Vereinigte Königs- und Laurahütte A.G. hat zur siebenten Kriegsanleihe rund 8 100 000 M gezeichnet, wozu die Zeichnungen der Gesellschaft für alle bisher aufgelegten Kriegsanleihen auf 15 841 000 M angewachsen sind. Die Oberschlesische Zinkhütten-A.G. in Kratochwil zeichnete jetzt 1 500 000 M.

Metallarbeiter Oberschlesiens! Alle angeführten Umstände sprechen dafür, daß die ober-schlesischen Montanwerke in Goldüberfluß wie nie zuvor stehen. Finanzlich stehen sie demnach gefestigt, daß sie frohen Mutes in die Zukunft blicken können. Eure Pflicht, die ihr Not und Glend erduldet, gebietet euch, immerwährend Aufbesserung eurer schlechten Lage zu verlangen. Eure Löhne müssen angemessen aufgebessert werden, die glänzende finanzielle Lage der ober-schlesischen Montanwerke gestärkt es.

Verstärkt euren Forderungen Nachdruck durch engen Zusammenfluß im Verband der Metallarbeiter Deutschlands. Organisiert euch!

Wohnungswesen und Arbeiterschaft

Wer die Kulturhöhe eines Volkes richtig beurteilen will, der zieht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen ganz besonders auch den Stand ihres Wohnungswesens als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesamtheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund ist, und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur sein und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung und Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer in engen, dunklen und schmucklosen Räumen wohnt, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muß mit der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden und schließlich elend zugrunde gehen, ähnlich, wie die Blume „grunde geht, die man aus einem hellen, sonnigen Zimmer in dumpe und lichtlose Räume verpflanzt.

Welch große Bedeutung dem Wohnungswesen für die Volksgesundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen einbringlichen Beweis. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind die Lungenerkrankungen bei ihren in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, Handwerker und Apotheker um 15 bis 20 v. S. höher, als bei ihren von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach dem Statistischen Jahrbuch des preussischen Staates starben auf je 10 000 Einwohner an Tuberkulose: in Düsseldorf 11,9, in der Provinz Brandenburg 13,4 und in Berlin 20 Einwohner. Die starke Kindersterblichkeit in den großstädtischen Massenwohnquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Querlüftung ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1 000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, steigt diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 350 und mehr.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehren ließen, zeigen besser als viele Worte, welchen Einfluß das Wohnungswesen auf die Volksgesundheit hat. Gute und gesunde Wohnungen sind geradezu die Voraussetzung für die Gesundheit des Volkes. Darum ist für jeden Volksgenossen, soweit er nicht als Hausbesitzer oder Grundrentner von volkswirtschaftlichem Eigenmut geleitet wird, und darum auch für das Volksganze, den Staat, das Vorhandensein ausreichender, guter und gesunder Wohnungen äußerst wichtig. Denn nur ein körperlich und geistig gesundes Volk ist auch zugleich ein wehrhaftes Volk, und nur ein solches wird in der Weltwirtschaft den Wettbewerb anderer Völker aushalten können.

Ist aber der Staat und jeder einzelne Volksgenosse an der Verbesserung unseres Wohnungswesens betroffen, so sind dies die Arbeiter in ganz besonderem Maße. Denn sie sind es ja, die unter dem bestehenden Wohnungswesen am ehesten zu leiden haben. Infolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie für eine Wohnung niemals soviel zahlen, wie andere, besser gestellte Schichten des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinste, düstern und natürlich auch schlechtesten Wohnungen übrig. Besteht eine Wohnungsschappheit, was ja leider in sehr vielen Orten schon in normalen Zeiten die Regel ist, so müssen für die schlecht-bezahlten Arbeiter nicht selten Räume als Wohnung dienen, die dazu völlig ungeeignet sind: dumpe, muffige Keller, in denen das blühendste Leben verwirrt, schwache Heizungen voller Anzeiger, kalte und zugige Bodenträume. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch noch überfüllt; denn ihre Mieter sind nicht selten kinderreiche Familien, die für eine Wohnung noch weniger ausgeben können, als die mit weniger Kindern „gesegnete“ übliche Arbeiterschaft. Oder sie sind gezwungen, einen Teil ihrer Wohnung an Schlafbrüder oder „Chambregentien“ abzugeben. Während eine vierköpfige Familie neben der Stube mindestens zwei, für mehr Personen mindestens drei ordentliche Wohnräume haben muß, wohnt in Berlin 600 000 Menschen so, daß auf mehr als vier Personen nur ein einziges heizbares Zimmer kommt. In Polen schlafen 26 000 Personen zu je zwei und mehr in einem einzigen Raum; mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Polens wohnt auf einem einzigen Wohnraum beengt. Nicht viel besser ist es in manchen anderen Städten.

Das sind Zustände, die des deutschen Volkes nicht würdig sind und deren Beseitigung als Freunde des Volkes, ganz besonders aber die Arbeiter, anstreben müssen. Es ist dringend notwendig, daß man nach dem Kriege endlich unser Wohnungswesen gründlich ändert und dafür sorgt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolkes vom Range des deutschen allein würdig ist. Dazu ist vor allem nötig, daß das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Reichswoh-nungsgesetz endlich erlassen wird, daß man ein Reichswoh-nungsgesetz und gemeindliche Wohnungsbauverordnungen ein-

werden, daß Berlin schon immer eine Ausnahme machte. In Magdeburg und in Weissenhof ist die Hauptfach Schwerindustrie mit ihren Werkschächten, während in Dresden die fertigerarbeitende Industrie mit ausgedehnter Ausfuhr für die Metallindustrie in Frage kommt. Aus diesen Gründen waren die Verdienste bereits in Friedenszeiten in den besagten Orten und Gegenden Deutschlands höher. Ueber eine Zusammenfassung der Arbeitszeit während des Winters wird nach Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos mitgeteilt, daß es nicht beabsichtigt ist, hier einzugreifen. Zu den Erörterungen über einen früheren Ladenaufschluß wurden von der Kriegsanstaltsstelle auch Vertreter unserer Organisation hinzugezogen. Ueber weitere Schwierigkeiten, die im kommenden Winter für die Arbeiter der Metallindustrie sich fühlbar machen werden, schweben noch Verhandlungen mit den maßgebenden Behörden. — Die Mitgliederzahl ist um 145 gefallen, sie beträgt 11343. Die Neuaufnahmen betragen 1085, davon 563 weibliche. Kom Geer meldeten sich 257 zurück, während 677 eingezogen wurden. Freiwillig ausgeschieden, gestrichlen wegen Beitragsrückstand wurden 782, davon 44 weiblich. Die Beitragsleistung ist gut, sie beträgt 12,5. — Der Kampf der oppositionellen Mitglieder gegen die Gewerkschaftsleitung und die gewerkschaftlichen Bestrebungen hat in letzter Zeit nachgelassen, er hat in den betreffenden Betrieben fähmnd auf die Werksarbeit gewirkt. Vollkommen mißglückt ist die Forderung, durch Arbeitsverordnungen die angelegte Verschleimung eines baldigen Friedens herbeizuführen. Damit und mit dem Mißbrauch der Jugendbewegung zu diesem Zwecke wird der Gewerkschaftsbewegung nicht gedient. Infolge Austritts des Fabrikarbeiterverbandes aus dem Kartell in Pirna haben auch unsere Mitglieder den Austritt beschlossen, da unter diesen Verhältnissen das Kartell seine ihm gestellten Aufgaben in Zukunft nicht mehr erfüllen kann. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an den Bestrebungen seiner Gewerkschaft zu beteiligen. Das Vertrauensmännersystem muß besser ausgebaut und die Wahrung streng durchgeführt werden. — Aus dem vom Kollegen Leuterich erstatteten Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Reineinnahme der Hauptkasse von 83 600 M eine Ausgabe von 66 700 M gegenüberstand. Für Krankheitsfälle wurden 18 700 M, für Arbeitslosigkeit 900 M an Unterstützung gezahlt. In die Hauptkasse wurden 39 600 M abgeführt. Die Einnahme der Lokalfasse betrug 44 700 M, der eine Ausgabe von 39 600 M gegenübersteht. Der Kassenbestand der Lokalfasse erhöhte sich um 5100 M. An Kriegshilfen wurden 2400 M ausbezahlt. Die Summe des Sterbegeldes betrug aus beiden Kassen 3700 M. — In der anschließenden Aussprache wurden einige Anfragen beantwortet. Ein Antrag, die Generalversammlung in Zukunft wieder in der Woche abzuhalten, wurde gegen 22 Stimmen abgelehnt. Eine Anfrage über die Kontrolle der Lebensmittelverteilung in den Betrieben wurde dahin beantwortet, daß die Arbeiterausschüsse bei der Verteilung der von der Feldzeugmeisterei zur Verfügung gestellten Zusatznahrungsmittel für Schwer-, Schwer- und Weicharbeiter mitzuwirken haben. Die Arbeiterausschüsse müssen von vornherein darauf bestehen, an der Aufstellung der Listen mitzuwirken, sowie die Liefercheine einzusehen und an der Verteilung und Preisfestsetzung teilzunehmen. Kranke dürfen bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden, da die Zusatznahrungsmittel nur für die Erwerbstätigen bestimmt sind.

Heidenheim a. d. Brenz. Lohnbewegung bei der Firma J. W. Boith. Die Arbeiterschaft der Firma nahm in mehreren äußerst stark besuchten Betriebsversammlungen Stellung zu ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen und hat nach eingehender Beratung Forderungen an die Firma durch den Arbeiterausschuß einreichen lassen. Bei den Verhandlungen machte die Firma eine Reihe Zugeständnisse, die von der Arbeiterschaft angenommen wurden. Die Frage der Entlohnung der gelehrten in Lohn beschäftigten Arbeiter wurde aber nicht so gelöst, daß die Arbeiter hätten zufrieden sein können. Des weiteren machte die Firma den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen gar keine Zugeständnisse, so daß die Arbeiterschaft den Arbeiterausschuß beauftragte, den Schlichtungsausschuß nach § 13 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst in Alen anrufen. Dort wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der zusammen mit den Zugeständnissen der Firma hier zusammengestellt folgt: 1. Die bestehenden Stundenlöhne der Akkordarbeiter werden nach dem erhöhten Durchschnittsverdienst der letzten 4 Monate von 75 bis 80 Prozent dieses Durchschnittsverdienstes so rasch als möglich neu festgelegt. 2. Nachdem die Akkordlöhne auf Grund der Ende April 1917 gemachten Zugeständnisse um durchschnittlich 23,3 Prozent gestiegen sind, kann eine weitere allgemeine Erhöhung der Akkordlöhne nicht in Kraft treten, dagegen wird die Firma Akkorde, die sich als zu nieder herausstellen sollten, richtigstellen beziehungsweise erhöhen. 3. Akkorde, die aus irgend welchem Grunde nachweisbar zu nieder angelegt waren, können von den betreffenden Arbeitern der hierfür eingesetzten Kommission zur Nachprüfung vorgelegt werden. 4. Eine Begrenzung der Verdienste nach oben findet nicht statt. 5. Die vorgesehene Kommission ist bereits in der Arbeiterausschussung vom 28. April vorgegangen und genehmigt worden. 6. Die Frage des Zuschlagsscheines ist durch die Einigungsbedingungen zwischen den württembergischen Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vom 30. Mai 1912 geregelt. 7. Die Löhne der in Lohn beschäftigten Arbeiter werden in folgender Weise erhöht: Werkzeugmacher, Elektriker, Klempner, Schloßer, Prof. Stuhle um 15 %, Diebereitschloßer, Rundschleifer, Holzdreher, Glaschner, Schmiedler und Oefenmacher 12 %, Zimmerleute, Maurer, gelernte Maler, Anstreicher und Kontrolleure an Granaten 10 %, Werkzeugschleifer, Säger, Anstreicher und Steinhauer 8 %. Die Gusspuher und Keramiker erhalten eine Lohnaufbesserung von 10 % mit der Maßgabe, daß ein Durchschnittslohn von 85 %, bei dessen Berechnung der Lohn der Arbeiter dieser Abteilung. 8. Die Tagelöhner erhalten eine Stundenlohnerhöhung von 5 % mit der Maßgabe, daß zum mindesten folgende Stundenlöhne erreicht werden müssen: a) bei den Viebereitungsarbeiten: volljährige 65 %, 18 bis 21 jährige 55 %, 16 bis 19 jährige 35 bis 40 %, 14 bis 16 jährige 25 bis 35 %, b) bei allen übrigen Tagelöhner: volljährige 82 %, 18 bis 21 jährige 50 %, 16 bis 18 jährige 30 bis 35 %, 14 bis 16 jährige 25 bis 30 %. 9. Die Tagelöhnerinnen erhalten folgende Stundenlohnerhöhungen: volljährige 4 %, 18 bis 21 jährige 3 %, unter 18 Jahren alte 2 %. 10. Die Firma ist verpflichtet, die Akkordlöhne der Schreiner spätestens binnen 24 Stunden nach Ausgabe der Arbeit festzusetzen. Im übrigen wird davon abgesehen, in die Regelung der Löhne und Akkorde der Schreiner vorab einzugreifen, da die Firma erklärt, selbst eine Neuregelung, die in etwa vier Wochen erfolgen soll, vorzunehmen. Der Ausschuss hält es für angezeigt, die hiernach zu erwartenden Angebote der Firma zunächst einmal abzuwarten. 11. Die Entschädigung für Überstunden erfolgt bei Zeitlohnarbeitern mit 25 beziehungsweise mit 50 Prozent Zuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit, bei Akkordarbeitern mit 20 beziehungsweise 40 Prozent Zuschlag. 12. Die bestehende Zulage für Nachschicht wird von 75 % auf 12 % pro Schicht erhöht. 13. Die Firma ist verpflichtet, wegen der Entlohnung der noch nicht am Akkord teilnehmenden Lehrlinge eine Regelung im Sinne der zur Zeit zwischen dem Verband der Metallindustriellen Württembergs und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beim Königl. Württ. Kriegsanstaltsministerium schwebenden Verhandlungen, sobald diese abgeschlossen sind, vorzunehmen. 14. Unter Aufhebung der Dienstaltersprämie gewährt die Firma künftig den Arbeitern einen Urlaub unter Weiterzahlung des angelegten Stundenlohnes, der nach 3 jähriger Dienstzeit 2 Tage, mit 4 bis 6 Dienstjahren 3, mit 7 bis 9 Dienstjahren 4, mit 10 bis 12 Dienstjahren 5, mit 13 und mehr Dienstjahren 6 Tage beträgt. 15. Die bestehenden Zulagenzulagen werden durch vorstehende Regelung nicht berührt. 16. Den Schichtwechsel an den Samstagen wird die Firma auf mittags 2 Uhr verlegen, wenn mit der Eigenbahnverwaltung eine Verständigung über entsprechende Zugeständnisse möglich ist. Soweit die am 28. April getroffenen Vereinbarungen durch vorstehende Abmachungen nicht berührt werden, bleiben sie weiter bestehen. — Die Arbeiterschaft der Firma Boith kann daraus ersehen, wie ihre Organisation bemüht war, ihre Verhältnisse erträglicher zu gestalten. Daraus

müssen alle die nötige Lehre ziehen, der Organisation beizutreten, damit diese immer einflussreicher werden kann. Das sind wir unseren im Felde stehenden Kollegen schuldig. Daß diese nach ihrer hoffentlich baldigen Rückkehr anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse antreffen, dafür zu sorgen ist unser aller Pflicht.

Leipzig. Die hiesige Verwaltungsjahre hielt am 17. Oktober eine Generalversammlung ab. Nach dem Berichte der Ortsverwaltung über das 3. Vierteljahr ist die Mitgliederzahl auf 8202 gefallen, am 1. Januar 1917 betrug sie 6531. Am Schluß des 3. Vierteljahres war die Zahl der weiblichen Mitglieder 2074 gegen 1903 am Schluß des 2. Vierteljahres. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist im 3. Vierteljahr um 6, auf 331 zurückgegangen. Der Kassierer wurde entlassen. In der Aussprache erklärte Kollege Lieberman den Stand der Mitgliederzahl für ungenügend. Er regte an, eine Kommission zu wählen, die prüfen soll, mit welchen Mitteln die Agitation zu fördern ist. Kollege Knoch sprach im gleichen Sinne und schlug vor, eine Kommission von 5 Mann zu wählen. Kollege Fromm verlas im Auftrag der Angestellten eine Erklärung, nach der die Leipziger Angestellten ihren vorläufigen Bericht auf einen Teil der Feuerungszulage zurückziehen. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, den zweiten Bevollmächtigten der Verwaltungsjahre, Kollegen Lieberach, als Verbandsbeamten anzustellen. Nachdem wurde eine Kommission von 9 Kollegen gewählt, die die Agitationsmöglichkeiten prüfen und einer späteren Generalversammlung geeignete Vorschläge über den Ausbau der Agitationsarbeit unterbreiten soll. Darauf beschloß sich die Generalversammlung mit dem Beitritt zu dem neu zu gründenden Gewerkschaftskartell. Kollege Fromm verlas ein Schreiben des Hauptvorstandes, aus dem hervorging, daß sich das Gewerkschaftskartell Leipzigs wegen der Streitigkeiten im Kartell in einem Rundschreiben an die Zentralvorstände gewendet hat und diese um Unterstützung gegen die in Leipzig aus dem Kartell ausgetretenen Gewerkschaften ersucht. Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes hat darauf an die Verwaltungsjahre Leipzig ein Schreiben gerichtet, in dem den Leipziger Metallarbeitern der Beitritt zu dem neuen Kartell verboten wird. Für das Kartell dürfen keine Verbandsgehälter verwendet werden. Kollege Lieberach führte dazu aus: Wir haben bei dem Austritt aus dem Kartell unsere Gründe angegeben. Wir hatten schon immer die Auffassung, daß wir selbst einen Beamten anstellen können, der für die Metallarbeiter die Auskünfte erteilt und die Arbeiten erledigt, die von den Gewerkschaftssekretären geleistet werden. Wir haben aber bisher keinen Beamten angestellt. Heute erhalten unsere Kollegen im Gewerkschaftssekretariat keine schriftlichen Arbeiten aufgefertigt. Ebenso geht es den Mitgliedern der übrigen Gewerkschaften, die gleichfalls aus dem Kartell ausgetreten sind. Hier müssen wir Abhilfe schaffen. Ebenso gilt es, die Arbeiter, die jetzt aus dem Kartell ausgetreten sind, zusammenzufassen, damit sie die Aufgaben, die sich namentlich aus dem Uebergang der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ergeben, erledigen können. Da handelt es sich unter anderem auch um die Arbeitslosenunterstützung. Ferner muß die Arbeiterschaft zur Vertretung ihrer Interessen in der Lebensmittelfrage zusammengefaßt werden. Darum haben wir in der Ortsverwaltung beschlossen, der Generalversammlung zu empfehlen, dem neugegründeten Kartell beizutreten. In dem Rundschreiben des Leipziger Gewerkschaftskartells wird behauptet, der Austritt der Metallarbeiter sei von 47 Kollegen beschlossen worden. Dabei waren in der Versammlung etwa 400 Mitglieder anwesend und höchstens 30 haben gegen den Austritt gestimmt. Nun wird vom Vorstand des Leipziger Metallarbeiterverbandes behauptet, das Geld, das die Leipziger Metallarbeiter aufgebracht haben, so anzulegen, wie sie es in ihrem Interesse für notwendig halten. Der Vorstand will damit die Gewerkschaftssekretäre rüddig und Mhlaue unterwürdig. Er rechnet damit, daß auf diese Weise Zeit gewonnen wird, denn wenn wir uns darüber beschweren, dann kann es sein, daß erst die nächste Verbandsgeneralversammlung darüber entscheiden kann. Ein Zwang, uns dem Kartell anzuschließen, besteht nicht. Man kann uns also auch nicht hindern, uns mit anderen Gewerkschaften zusammenzuschließen und die gewerkschaftlichen Interessen so zu vertreten, wie wir es für notwendig halten. Die Ortsverwaltung empfiehlt, dem neu gegründeten Kartell beizutreten. Kollege Fromm wies darauf hin, daß er sich schon gegen den Austritt aus dem Kartell ausgesprochen habe. Die Metallarbeiter hätten darauf hinwirken müssen, daß ihre Ansichten im Gewerkschaftskartell durchgefaßt werden. Durch die Gründung eines neuen Kartells werde die Gewerkschaftsbewegung nur zerrissen. Es könnte sein, daß den Metallarbeitern aus dem Beitritt zum neuen Kartell ungeheure Kosten entstehen. Darauf wurde die Verlegung der Versammlung beschlossen. Am 22. Oktober wurde die Aussprache fortgesetzt. Kollege Lieberman zeigte, wie das Gewerkschaftskartell seine wichtigsten Aufgaben in der Frage der Lebensmittelversorgung vernachlässigt hat, weil die Sekretäre, die die Führung im Kartell haben, aus sozial-patriotischen Gründen keine scharfen Töne und keine durchgreifenden Taten der organisierten Arbeiter wollen. Der Sekretär Mhlaue habe die unzureichende Lebensmittelversorgung der Leipziger Arbeiterschaft noch beschönigt, er habe ja dafür auch seine Anerkennung durch die Behörde gefunden, denn der Oberbürgermeister habe ihm einen Orden angeboten, auch sei er durch die Stadtverwaltung vom Militär reklamiert worden. Der Sekretär Mhlaue habe das Gewerkschaftssekretariat in ein Parteisekretariat für die Regierungsozialisten umgewandelt. Diesen Leuten müßten die Leipziger Metallarbeiter die Gefolgschaft aufgeben. Kollege Lehner: Das Schreiben des Vorstandes zeigt, daß es bei unsern Beamten geht wie bei der städtischen Polizei, wir dürfen sie begahen und müssen das Maul halten. Mag der Vorstand drohen, wie er will, wir lassen uns nicht unterkriegen. Kollege Kummer spricht gegen den Anschluß an das neue Kartell, weil das ein weiterer Schritt auf dem Wege der Zersplitterung sei, an der nur die Unternehmer ihre Freude hätten. Auch er hätte gewünscht, daß das Leipziger Gewerkschaftskartell in der Lebensmittelversorgung stärker vorgegangen wäre. Richtig wäre es, im alten Kartell Remedur zu schaffen. Der Redner ersuchte mit Nachdruck darauf, daß nach dem Abgange der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevorstehen, die sie nur führen kann, wenn sie geschlossen auftritt, den Antrag der Ortsverwaltung abzulehnen und die Sache auf sich beruhen zu lassen. Kollege Kech sprach für den Antrag der Ortsverwaltung. Kollege Lieberach trat in längeren Ausführungen dem Kollegen Kummer entgegen. Kollege Kunge führte aus: Kummer wirft uns Leichtsinn vor, wenn wir den Antrag der Ortsverwaltung annehmen. Ich vernichte aber bei Kummer, daß er die Mahnung auch an den Vorstand richtet. Wenn Kummer würde, wie unzufrieden die Mitglieder in den Werkstätten mit der Kartellpolitik und dem Vorstand sind, dann würde er anders reden. Darauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Ortsverwaltung, dem neugegründeten Kartell beizutreten, mit 217 gegen 12 Stimmen angenommen. Auf Antrag des Kollegen Lieberman wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, an das neugegründete Kartell einen Beitrag von 50 M für jedes Mitglied im Jahre abzuleisten, ferner wurde beschlossen, eventuell einen Beamten zur Erteilung von Auskünften in Rechtsfragen anzustellen. Die Ortsverwaltung beantragte ferner, beim Vorstand den Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstags zu stellen. Kollege Lieberach wies darauf hin, daß nach dem älteren Verbandsstatut viele Kollegen erklärten, daß sie mit der Haltung ihrer Delegierten nicht einverstanden waren. Gärten die Mitglieder, zum Beispiel gewirkt, wie die Verbandsmittel angelegt worden sind, dann wäre schon eine ganz andere Zahl zustande gekommen. Dazu kämen noch die Vorgänge der Verwaltungsjahre Berlin, die es notwendig machen, daß ein außerordentlicher Verbandstag einberufen würde. Auch wegen der Beschränkung, die den Gewerkschaften von den Behörden in der Ausübung ihrer Versammlungs-tätigkeit auferlegt wurde, sei es notwendig, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Kollege Fromm sprach gegen den Antrag der Ortsverwaltung. Der Antrag der Ortsverwaltung wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Zum Schluß stimmte die Versammlung den Anträgen der Ortsverwaltung über die Weihnachtsunterstützung der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen zu.

Holzleger.
Berlin. Arbeitsnachweisbericht für September 1917.

Berufs	Arbeitslos waren am 1. September 1917	Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 30. Sept. 1917	An Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 30. Sept. 1917	Arbeitslos waren noch am 30. Sept. 1917
Gas- u. Wasser-Holzleger	—	22	21	—
Helfer	—	56	64	2
Heizungs-Monteure	—	4	4	—
Helfer	—	24	22	—
Zusammen	—	106	101	2

Rundschau
Internationaler Gewerkschaftsbund.

Dem Rechenschaftsbericht, den der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Legien, der Werner Konferenz vorlegte, war auch der Kassenbericht vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1917 beigegeben. 1913 tagte bekanntlich die letzte internationale Gewerkschaftskonferenz in Zürich. Danach betrug die Einnahme 148 167,76 M, die Ausgabe 141 547,53 M. Von den Einnahmen entfielen rund 53 000 M auf Beiträge, unter den Ausgaben steht das Uebersetzungsbiro mit 53 000 M an der Spitze.

Von größerem Interesse aber ist die Zusammenstellung der Beitragsleistungen der einzelnen Länder. England hat seit 1913/14 Beiträge an das Internationale Sekretariat überhaupt nicht mehr gezahlt, Frankreich hat 1913/14 2203 M, im Jahre 1914/15 noch 1600 M Beiträge geleistet. Was schließlich waren diese Summen noch vor Ausbruch des Krieges eingegangen. Die übrigen am Krieg beteiligten Entente-Länder sind in folgender Weise an den Leistungen beteiligt: Belgien 508 M, Serbien 40 M, Rumänien 20 M, Italien 1100 M, Vereinigte Staaten 11 094 M, Transvaal 60 M. Bis auf 20 M von Serbien sind alle diese Beiträge für das Rechnungsjahr 1913/14 geleistet. Deutschland trug zur Unterhaltung des Sekretariats in den Kriegsjahren 26 707 M bei, Oesterreich 2672 M, Ungarn 1044 M.

Noch mehr aber tritt die internationale Solidarität der deutschen Gewerkschaften hervor, wenn wir die Summe der Beitragsleistungen in ihrer Gesamtheit seit Bestehen des internationalen Sekretariats betrachten. Es ergibt sich das folgende Bild (in runden Zahlen): England 7934 M, Frankreich 7101 M, Niederlande 1864 M, Belgien 1250 M, Dänemark 2444 M, Schweden 3114 M, Norwegen 1311 M, Finnland 260 M, Deutschland 48 245 M, Oesterreich 7551 M, Bosnien 24 M, Ungarn 2085 M, Kroatien 73 M, Serbien 121 M, Rumänien 72 M, Bulgarien 38 M, Schweiz 1313 M, Italien 3584 M, Spanien 1288 M, Vereinigte Staaten 18 726 M, Victoria (Australien) 20 M, Transvaal 60 M. — Von den 108 494 M, die das Internationale Sekretariat zu seiner Unterhaltung bedurfte, trugen also die deutschen Gewerkschaften fast die Hälfte bei. Rechnen wir Oesterreich und Ungarn hinzu, so ergibt sich für die Gewerkschaften der Mittelmächte, wo die Methoden der deutschen Gewerkschaften vorherrschen, die Summe von 57 881 M.

Bernachlässigung ihrer internationalen Pflichten wird man diesen Gewerkschaften also nicht vorwerfen können.

Aus dem Schlichtungsausschüssen.
Geno.

Vor dem Schlichtungsausschuß in Weimar führten 6 Mechaniker und 1 Schlosser Beschwerde gegen die Firma Zeiß, weil ihnen der Abschreibungsverdienst wurde. Diese Mechaniker haben bei Zeiß einen Stundenverdienst von 1,15 M bis 1,30 M, der Schlosser, der als Monteur beschäftigt wird, hat 1,30 M. Ihre Verdienste den jetzigen teuren Verhältnissen entsprechend zu erhöhen, hatte die Firma abgelehnt. Die Leute bemühten sich anderweitig um Arbeit und hatten sie in Berlin erhalten, wo sie in der Stunde 2 M bis 2,80 M verdienen sollten. In der Verhandlung führte der Vertreter der Firma an, daß bei Zeiß die höchsten Verdienste in ganz Thüringen bezahlt würden. Wenn Konkurrenzfirmen in Berlin höhere Verdienste zahlen können, so liegt das daran, daß diese neben den feinnmechanischen Artikeln noch Zündkerzen, Granaten usw. herstellen, was bei Zeiß nicht der Fall sei. Was diese Firmen an den feinnmechanischen Arbeiten „aufsehen“, das holen sie an den Zündkerzen usw. wieder heraus. Auch belaste die Firma Zeiß die vorhandene Wohlfahrts-Einrichtung (Pension und Abgangsentwöhnung), ferner die Versorgung der Arbeiter mit verhältnismäßig billigen Lebensmitteln, die Kriegsküche, in der für 60 M Mittagessen abgegeben wird. All das müsse doch auch als Mehrverdienst für die Arbeiter betrachtet werden. Im übrigen siehe wieder eine allgemeine Lohnregulierung bevor. Mit all dem Angeführten stehen sich die Arbeiter bei Zeiß nicht schlechter als anderwärts. Der Vertreter der Beschwerdeführer wendete dagegen ein, daß die Wohlfahrts-Einrichtungen gar nicht in Berechnung gezogen werden können. Diese liegen für die Arbeiter in sehr weiter Ferne. Wenn sie aus irgend einer schuldhaften Veranlassung entlassen werden (§ 79 des Statuts) und solche schuldhaft Veranlassung findet sich schon, wenn es sein muß, so sind sie um die Wohlfahrts-Einrichtung herumgekommen. Es sei ja auch bezeichnend für die schlechte Entlohnung bei Zeiß, daß eine große Anzahl Arbeiter das Arbeitsverhältnis und damit die soviel gepriesene Wohlfahrts-Einrichtung sehr gern aufgeben, um in andere Betriebe zu kommen, wo sie soviel verdienen können, wie sie zum Leben notwendig gebrauchen. Auch der Betrieb, in dem die Beschwerdeführer Arbeit nehmen wollen, verjage die Betriebsangehörigen mit Lebensmitteln und gebe Mittagessen für 70 M ab. Mit den allgemeinen Lohnregulierungen stand es bisher immer so, daß ein großer Teil Arbeiter in der Woche eine ganze Mark, etliche 2 M und eine kleine Anzahl 3 M Zulage erhielten. Ein Zeiß ging auch ganz leer aus. Da die Beschwerdeführer in den neuen Arbeitsstellen beinahe das Doppelte verdienen können, so wird ihnen der Abschreiben zu erteilen sein. Nachdem der Ausschuss beraten hatte, legte der Vorsitzende dem Vertreter der Firma die Frage vor, ob die Leute bei Fortsetzung der Arbeit Akkorde bekommen und ob sie dabei 35 v. D. mehr verdienen können. Der Vertreter behauptete diese Frage und erklärte, er werde dem Meister eine diesbezügliche Anwendung geben. Daraufhin wurde folgender Schiedsspruch verlesen. Bei 6 Beschwerdeführern wird die Erteilung des Abschreibens abgelehnt. Bei dem siebenten erklärte sich der Vertreter der Firma zur Erteilung bereit, weil besondere Familienverhältnisse vorlagen. Begründend für die Ablehnung wurde angeführt: Die Verdienste der Beschwerdeführer sind noch den Verhältnissen entsprechend. Die Lebensweise sei in Berlin erheblich teurer als in Jena, der Umzug erfordere immerhin ziemliche Kosten, wodurch schon ein Teil des Mehrverdienstes wieder verloren gehe. Auch müßten die Wohlfahrts-Einrichtungen bei Zeiß bis zu einem gewissen Grade zum Verdienst in Anrechnung gebracht werden. Empfohlen wurde den Beschwerdeführern, unter der von der Firma gegebenen Zustimmung die Arbeit fortzusetzen. Sollte sich ihr Verdienst dann nicht entsprechend erhöhen, dann könnten sie nach 6 Wochen von neuem mit ihrem Antrag wiederkommen. Der Firma wurde nahegelegt, die Willkür der Meister bei Akkordleistungen zu unterbinden.

Arbeiterversicherung.
Betriebsunfall — nicht Spielerei. Eine wichtige Entscheidung wurde am 6. Oktober 1917 in einer Unfall-Rechtsache G. (Altenstein 5. U. St.). Im Arsenal zu Dresden war der Schlosser S. mit der Reparatur von Munitionsmaschinen beschäftigt. Während einer Nachschicht fand er auf seinem Arbeitsplatz Patronenhülsen, deren eine stark mit Grünspan überzogen und beschmutzt war. Um sich zu überzeugen, ob das Zündhütchen

